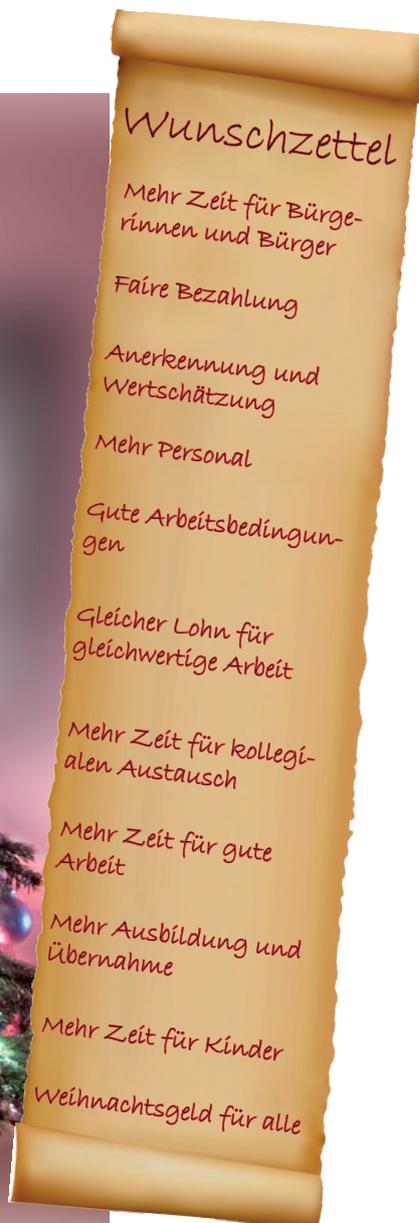


Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Frohe Weihnachten und ein gutes Jahr 2014



Alle unsere Wünsche bekommen wir bestimmt nicht erfüllt!





Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, es war für euch persönlich und beruflich ein gutes Jahr 2013.

Habt ihr euren persönlichen Wunschzettel für 2014 schon geschrieben? Die Wünsche, die wir von euch als Beschäftigten gehört haben und die aus vielen Artikeln dieser MUMM sprechen, haben wir für das Titelbild dieser Ausgabe aufgeschrieben. Ich freue mich darauf, mich auch im nächsten Jahr gemeinsam mit euch und unseren Gewerkschaften sowie mit den Personalräten, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen für Verbesserungen einzusetzen.

Aber jetzt ist erstmal Weihnachten.

Wir von der MUMM-Redaktion wünschen euch und euren Lieben ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2014.

Viel Spaß beim Lesen!
Herzliche Grüße
Doris Hülsmeier



Inhalt

Gastbeitrag: Nach der Wahl 3

Pensionen sind keine Lasten..... 4

Wir verzichten nicht auf eine gerechte Besoldung 4

Nützliche Informationen und Austausch 5

Besondere Interessenvertretung neu gewählt..... 6

Manfred Soboll geht, Lars Hartwig kommt..... 6

Ausgespresst und sauer 7

Eine Finanzkrise ist ein Verteilungskampf 10

Sozial gerecht? 10

Gleiches Geld für gleiche Arbeit. 11

Für die Kleinsten nur die Besten 12

Zuviel bezahlt! 12

Was macht eigentlich ...? 13

Sonntagsöffnungen in der Stadtbibliothek?..... 14

SchulsozialarbeiterInnen 14

Schule ohne Rassismus..... 14

Menschen auf der Flucht vor Gewalt und Krieg 15

Weihnachten bei Mutti 16

MUMM

(6. Dezember 2013)
Herausgeber:
 Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
 Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen
Presserechtl. verantwortlich:
 Doris Hülsmeier, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats
Redaktionsteam:
 Saskia Coenraats
 Elke Kosmal-Vöge
 Hajo Kuckero
 Kai Mües
 Burckhard Radtke
 Burkhard Winsemann
 Nicoletta Witt
Kontakt:
 Telefon: 361-2215
 Telefax: 496-2215
 E-Mail: mumm@gpr.bremen.de
Fotos: Norbert Kluge, Jörn Kroppach, MUMM-Redaktion
Druck:
 Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint voraussichtlich im April 2014
 Redaktionsschluss ist der 1. März 2014

Nach der Wahl

Herausforderungen für die neue Bundesregierung

Die Politik der neuen Bundesregierung muss den sozialen Ausgleich und eine gerechtere Gesellschaft zum Ziel haben, um der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft entgegen zu wirken. Die Herausforderungen sind dabei groß. Sie reichen von der Beendigung der weiter schwelenden Eurokrise bis zur Sicherung von angemessenen Renten, von der Regulierung der Finanzmärkte bis zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende.

Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge

Ein weiteres zentrales Thema in den nächsten vier Jahren wird die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sein. Dieses Thema wird um so wichtiger, da in der Steuerpolitik keine weitreichenden Entscheidungen getroffen werden dürften - also die Einnahmeseite der öffentlichen Hand unterentwickelt bleiben wird. Dabei ist die Feststellung so schlicht wie wahr, dass insbesondere die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft auf eine breite und qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge (u. a. Bildung, Jugendhilfe, Arbeitsförderung, Integration, Altenhilfe und sozialer Wohnungsbau) angewiesen sind.

Allerdings werden diese Bereiche vor dem Hintergrund der Haushaltslage der Länder und Kommunen und der Schuldenbremse finanziell weiter unter Druck geraten. Da in einer großen Koalition eine Mehrheit für steuerliche Mehrbelastungen von Wohlhabenden nicht erkennbar ist und allein durch den Verzicht auf eine Vermögensteuer dem Land Bremen Einnahmen in Höhe von 100 Millionen Euro jährlich entgehen, muss auf anderen Wegen finanzieller Handlungsspielraum geschaffen werden. Hierzu zählt zumindest eine solidarische Lösung für die Altschulden der Länder, Konzepte für Altschuldentilgungsfonds liegen bereits auf dem Tisch. Eine weitere

Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen und damit verbunden sozialer Sicherungen führt zu einer zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft und zu regional ungleich ausgeprägten Lebensverhältnissen.

Gute Arbeit, Chancen auf Aufstieg und sichere Rente

Auch eine Neuordnung des Arbeitsmarktes ist dringend geboten. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Dass dieser Grundsatz überhaupt in Frage gestellt wird, ist in einem Sozialstaat schon erstaunlich. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde ist dringend geboten. Der ohnehin klamme Staat kann nicht weiterhin Dumpinglöhne aufstocken. Des Weiteren muss den zunehmenden Beschäftigungs- und Einkommensrisiken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch eine Neuregulierung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs, Leiharbeit und Befristungen entgegengewirkt werden.

Es kann aber nicht nur darum gehen, die Zunahme von schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen zu stoppen. Auch die Möglichkeiten von beruflichen Aufstiegen sind zu verbessern, etwa durch die Förderung von Fortbildungen zur Erlangung weitergehender Berufsabschlüsse. Und eine größere Durchlässigkeit im Bildungssystem ist notwendig, damit zukünftig mehr Beschäftigte Zugang zum Hochschulsystem bekommen.

Die Lebensstandardsicherung muss wieder das Ziel der Rentenversicherung werden. Ohne politische Korrekturen werden zukünftig immer mehr Menschen trotz langjähriger Beitragszahlungen keine Rente oberhalb der Grundsicherung beziehen. Die gesetzliche Rentenversicherung verliert damit ihre Akzeptanz. So wichtig Fragen um eine stärkere Berücksichtigung von Kinder-

erziehungszeiten (Mütterrente) und verbesserte Erwerbsminderungsrenten auch sind, werden strukturelle Probleme nur mit einem angemessenen Rentenniveau gelöst werden können.

Gelingt der neuen Regierungskoalition ein solch sozial-integrativer Politikansatz, würde sie auch ihren Beitrag für eine umfassende Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess leisten. Denn es ist besorgniserregend, dass immer weniger, vor allem ökonomisch schlechter gestellte Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.



Ingo Schierenbeck ist Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Bremen

Ingo Schierenbeck

Pensionen sind keine „Lasten“

Rechtmäßige Ansprüche für Beamtinnen und Beamte

Zum allgemeinen Grundwissen aller Menschen in Deutschland gehört, dass ArbeitnehmerInnen im wohlverdienten Ruhestand eine Rente erhalten und die BeamtInnen Pensionen. Dafür zahlen die öffentlichen Arbeitgeber bei Arbeitnehmern in die gesetzliche Rentenkasse. Als Dienstherr für die Beamtinnen und Beamten hat er bedenkenlos darauf verzichtet, die Kosten der Pensionen ausreichend abzusichern. Zu jeder Zeit wurden die Pensionen aus den laufenden Haushalten finanziert. Selbst in den Jahren mit guten Staatseinnahmen wurde es versäumt, Vorsorge zu treffen.

Die Folge dieser politischen Versäumnisse sind seit vielen Jahren allgemein bekannt. Der DGB und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben seit langer Zeit auf das Problem aufmerksam gemacht. Keine Politikerin und kein Politiker, egal welcher Partei, kann jetzt so tun, als käme diese Situation überraschend. Politikerinnen und Politiker haben es wissentlich versäumt die Kosten der Pensionen frühzeitig durch ein geeignetes System der Alterssicherung für Beamtinnen und Beamte abzusichern.



Mit Füßen getreten - so lautete das Motto der Protestveranstaltung der Beamtinnen und Beamten vor der Bremischen Bürgerschaft am 16.05.2013 anlässlich der Besoldungsrunde 2013

Jetzt sollen die Beamtinnen und Beamten die Suppe auslöffeln, die sie selbst nicht zu verantworten haben.

In den Reden der Verantwortlichen wird mit Begriffen wie „Pensionslasten“ versucht die Verantwortung für die Versäumnisse den Beamtinnen und Beamten aufzubürden. Gleichzeitig wird versucht durch irreführende Vergleiche der Alterssysteme zwischen ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen Missgunst und Neid zu schüren. Dieses Verhalten der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker ist skandalös.

Politikerinnen und Politiker haben sich zu jeder Zeit von den „kostengünstigen Beamtenverhältnissen“ blenden lassen und eine Absicherung der Pensionen verdrängt. Erst als die Auswirkungen nicht mehr zu verschleiern waren, wurde 1998 ein System der zweckgebundenen Versorgungsrücklage eingerichtet. Diese Rücklage finanzieren die Beamtinnen und Beamten und auch die VersorgungsempfängerInnen durch eine Kürzung von 0,2 % jeder Besoldungs- und Versorgungsanpassung. In Bremen wurden zwar auch weitere Rücklagen zur Finanzierung der Pensionen gebildet, diese sind aber immer wieder von der vorzeitigen Ablösung des angesparten Vermögens bedroht.

Angesichts der inzwischen immensen Höhe der Pensioskosten wirkt diese Rücklage wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

ver.di hat schon 2010 eine Studie der Finanzökonomin Prof. Dr. Gisela Färber vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer veröffentlicht. Darin wird auf Grundlage der verfassungsmäßigen Anforderungen an die Versorgung für die Beamtinnen und Beamten mögliche Lösungen aufgezeigt. Es darf nicht sein, dass die Beamtenschaft für politische Versäumnisse der Vergangenheit in die Pflicht ge-

nommen wird. Politikerinnen und Politiker müssen dafür Sorge tragen, dass die erworbenen Ansprüche der Beamtinnen und Beamten zukunftsfähig abgesichert werden.



Burkhard Radtke

Wir verzichten nicht auf eine gerechte Besoldung

Entgegen der Forderungen der Gewerkschaften wurde das Tarifiergebnis nicht auf die bremischen Beamtinnen und Beamten und die VersorgungsempfängerInnen übertragen. Der Unmut darüber ist groß. Viele wollen sich das nicht bieten lassen und möchten sich wehren. Als eine Form der Auseinandersetzung wird das Klageverfahren angestrebt.

Die Vorarbeiten hat der DGB in Zusammenarbeit mit ver.di, GEW und GdP abgeschlossen. Die Kolleginnen und Kollegen, die bei ihren Klagen durch den DGB unterstützt werden, sind benannt. Sie erhalten einen Widerspruchsbescheid. Auf dieser Basis werden sie in die verwaltungsgerichtliche Auseinandersetzung gehen. Die Verfahren der übrigen Widerspruchsführerinnen und -führer werden ruhend gestellt. Gleichzeitig verzichtet die Freie Hansestadt Bremen insoweit auf die Einrede der Verjährung bei allen Beamtinnen und Beamten sowie den VersorgungsempfängerInnen.

Eine Gleichbehandlung mit den Klägerinnen und Klägern der Musterverfahren wurde durch die Senatorin für Finanzen zugesagt. Diese Zusage gilt jedoch ausschließlich für die Kolleginnen und Kollegen, die Widerspruch eingelegt haben.

Es muss davon ausgegangen werden, dass sich die gerichtlichen Verfahren lange über mehrere Instanzen hinziehen werden. Wir werden einen langen Atem benötigen. An dieser

Stelle werden wir regelmäßig über den Stand der Verfahren informieren.



Achtung: Wer noch Widerspruch einlegen will, muss dies bis zum 31.12.2013 tun. Die Musterwiderspruchsvorlage gibt es auf <http://bremen.dgb.de/themen/++co++6014d8c2-16e5-11e3-b7f3-00188b4dc422>



Nützliche Informationen und Austausch

Personalversammlung der SozialarbeiterInnen im Anerkennungsjahr

Du bist Vorsitzende des Ausbildungspersonalrats, welche Aufgaben hast du?

Im Juni 2013 sind wir zum Ausbildungspersonalrat für die im Anerkennungsjahr 2013/2014 befindlichen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gewählt worden. Ich selber habe keine speziellen Aufgaben, weil wir uns die Arbeit ziemlich gleich aufteilen. Ich bin zur Vor-

natürlich, dass wir berichten konnten, dass alle Kolleginnen und Kollegen Weihnachtsgeld bekommen. Sie haben einen Anspruch auf ein 13. Monatsgehalt, anteilig nach Einstellungszeit für das Jahr 2013, in Höhe von 95 % des Bruttolohns.

Uns ist es auch wichtig gewesen, die Gewerkschaft vorzustellen, weil viele z. B. gar nicht wissen, welche Leistungen

Ergebnisse durch eine Person vortragen zu lassen. So bekommen alle mit, wie die anderen denken, und was gut oder nicht so gut läuft. Die Erfahrungen aus den Gruppen sind damit allen zugänglich.

Wichtig war auch, einen Rahmen zu bieten, in dem über Dinge gesprochen werden kann, die einfach nicht gut laufen, ohne dass jemand an den

Aufgabenverteilung hat die Vorbereitung leichter gemacht.

Wir haben zusätzliche Treffen gehabt. Außerdem ist viel Kommunikation über E-Mail gelaufen. Wichtig war die Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen und wenn notwendig, Arbeit zu übernehmen.

Bestimmte Fragestellungen mussten wir natürlich recherchieren. Es war uns ein Anliegen, eindeutige Antworten auf alle Fragen geben zu können.

Konntet ihr die KollegInnen mit euren Themen erreichen?

Ja, wir haben ein tolles Feedback bekommen. Alles ist super gelaufen, wir sind stolz auf uns. Nicht nur während der Versammlung, sondern auch später haben uns die Kolleginnen und Kollegen besucht und uns gelobt.

Die Informationen, die wir auf der Versammlung gegeben haben, empfanden sie als sehr hilfreich.

Wir haben schon wieder Themen gesammelt, die auf der nächsten Versammlung bearbeitet werden können.

Die Überlegung, noch in diesem Jahr eine Personalversammlung zu gestalten, ist aber vielleicht zeitlich nicht mehr möglich.

Das Interview mit Antje Holljes führte



Saskia Coenraats



Die Kolleginnen des Ausbildungspersonalrats: Stephanie Hain, Antje Holljes, Lena-Kristin Teschner und Nadine Ohle (v.l.n.r.). Nicht anwesend sein konnte Jana Sämman.

sitzenden gewählt worden, aber wir sind alle gleichberechtigt.

Ihr habt eine Personalversammlung organisiert?

Wir wollten die Sozialarbeiterinnen und -arbeiter im Anerkennungsjahr erreichen und ihnen etwas auf den Weg mitgeben. Unser Gedanke war, Input zu geben und nützliche Informationen zur Verfügung zu stellen.

Welche Themen habt ihr angesprochen?

Uns erschien es wichtig, sich mit den Rahmenbedingungen des Anerkennungsjahres zu beschäftigen. Wir haben auch Themen vorbereitet wie: 'Wie geht es nach dem Anerkennungsjahr weiter?' oder auch: 'Habe ich Anspruch auf Kindergeld während des Anerkennungsjahres?'. Das waren auch genau die wichtigsten Fragen, die die Versammlung in erster Linie beantwortet haben wollte.

Als besonders erfreulich war

die Gewerkschaft anbietet.

Gemeinsam mit dem für den Ausbildungsrahmen verantwortlichen Kollegen Hans-Jürgen Stock von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen haben wir über die Strukturen des Anerkennungsjahres diskutiert. Wir erwarteten, dass die Kolleginnen und Kollegen auch Fragen zu den Zulassungskriterien des Kolloquiums hatten. Für die meisten ist dieses eine wichtige Fragestellung. Auch gab es Unsicherheiten über die Möglichkeiten der Verkürzung oder Verlängerung des Anerkennungsjahres. Sehr gut war hier die Unterstützung durch den Kollegen Stock, der hierzu viele Fragen beantwortet hat.

Auf welche Art und Weise habt ihr die Veranstaltung durchgeführt?

Wir haben in Kleingruppen zu bestimmten Fragestellungen gearbeitet. Es ist einfacher, gemeinsam zu sprechen und die

Pranger gestellt wird. Probleme und Konflikte können in kleinen Gruppen einfacher besprochen und gelöst werden.

Hattet ihr euch vorher bekannt gemacht?

Nicht so viel, wir haben zwar einen schönen Flyer und Leseseiten erstellt und verteilt und damit Werbung für uns gemacht. Aber wir hatten das Gefühl, noch nicht überall bekannt zu sein.

Über die hohe Zahl der Anwesenden waren wir dann doch sehr erfreut, es waren fast 20 Teilnehmende, das sind gut die Hälfte aller Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Anerkennungsjahr 2013/2014.

Was braucht ihr, um die Versammlung vorzubereiten?

Der Zeitaufwand war hoch und die Vorbereitung zum Teil auch sehr anstrengend. Aber wir sind ein gutes Team, wir ergänzen uns super. Eine klare

Besondere Interessenvertretung neu gewählt

Zuständig für Auszubildende bei der ABiG

Die Auszubildenden der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG) haben ihre Besondere Interessenvertretung (BIV) neu gewählt. Erforderlich war das, weil sich die alte BIV aufgelöst hatte. Es werden zurzeit noch 58 junge Menschen in der ABiG ausgebildet. Es sind längst nicht mehr so viele wie in der Vergangenheit, da jetzt alle neuen Auszubildenden direkt beim Aus- und Fortbildungszentrum eingestellt werden. Das hat u. a. den Vorteil, dass sie dort erheblich mehr Ausbildungsvergütung bekommen, weil ein anderer Tarifvertrag gilt, nämlich der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für Auszubildende (TVL-A).

Die neue BIV findet das total ungerecht und will sich zusammen mit der Gewerkschaft ver.di für Tarifverhandlungen einsetzen, um den Haustarifvertrag der ABiG an den TVL-A anzupassen. Sie ist der Meinung: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit!“



Die Mitglieder der Besonderen Interessenvertretung treten für die Rechte von 58 Auszubildenden bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH ein: Pia-Marie Jensen, Christopher Burke, Nils Busker, Lamine Ingel und Grigori Hübert (v.r.n.l.)

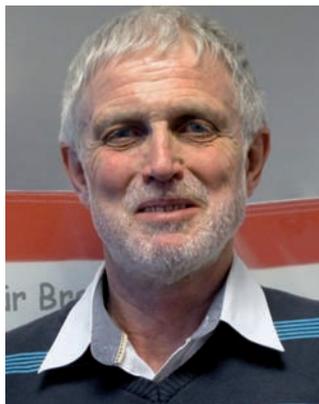


Kai Mües

Alles Gute Manfred!

Am 1. November 2013 ist unser Kollege Manfred Soboll in die Ruhephase der Altersteilzeit gewechselt. Er ist 2000 als sehr erfahrener Personalratsvorsitzender von Judit und der Justizvollzugsanstalt in den Gesamtpersonalrat gewechselt. Sein Verständnis von einem gemeinsamen und starken Auftreten bildete eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit. Er hat zu jeder Zeit großen Wert auf die enge Verbindung zu den Kolleginnen und Kollegen vor Ort gelegt und auch praktiziert. Er ist auf die Menschen zugegangen und war immer für sie ansprechbar. Mit seinen zukunftsweisenden Vorstellungen über die Entwicklung des Beamtenrechts hat er uns eine erstrebenswerte Perspektive aufgezeigt.

Wir wünschen Manfred für den neuen Lebensabschnitt, dass er weiter so aktiv bleiben kann und seine vielen Interes-



sen und Ideen umsetzen kann. Wir freuen uns darauf, ihn auch weiterhin bei den gewerkschaftlichen Aktionen sehen zu können.

Willkommen Lars!

Seit dem 1. November 2013 ist Lars Hartwig freigestelltes Mitglied des Gesamtpersonalrats. Als Vorsitzender des Personalrats der Feuerwehr Bremen hat er über viele Jahre erfolgreich die Interessen der Kolleginnen und Kollegen bei der Feuerwehr vertreten. Dabei hat er sich sehr intensiv gegen belastende Arbeitsbedingungen gewandt. Im Gesamtpersonalrat wird Lars die Personalräte des Justizbereichs und der Feuerwehr unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt werden die beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Vollzugsdienste (einschl. Aus-, Fort- und Weiterbildung), die Freie Heilfürsorge und betriebswirtschaftliche Themen sein.



Ausgepresst und sauer



Mehr als 1000 Beschäftigte und Studierende auf dem Marktplatz

Ausgepresst und sauer - unter diesem Motto versammelten sich am 25.09.2013 mehr als eintausend Beschäftigte aus dem bremischen öffentlichen Dienst und Studierende vor der Bremischen Bürgerschaft. Sie protestierten gegen die neuerlichen Haushaltskürzungen, die jetzt vom Senat in die Bürgerschaft eingebracht wurden. Vorgesehen ist danach unter anderem, in den nächsten beiden Jahren nochmals fast 400 Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen. Bereits vor den Sommerferien hatte die Bürgerschaft beschlossen, den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst nur zu einem geringen Teil auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Ingo Tebje von ver.di Bremen forderte - auch mit Blick auf die Koalitionsgespräche in Berlin - mehr Steuergerechtigkeit für eine ausreichende Finanzierung öffentlicher Aufgaben und für eine faire Bezahlung. Gleichzeitig kritisierte er, dass der grundlegende Auftrag der gleichen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und das Sozialstaatsgebot der Schuldenbremse zum Opfer zu fallen drohen.

In abwechslungsreichen und spannenden Beiträgen wurden die Folgen der Kürzungspolitik

für Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger benannt.

Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit einem Trauerzug rund um die Bremische Bürgerschaft. Angeführt von KollegInnen von Umweltbetrieb Bremen, die das öffentliche Grün zu Grabe trugen, bildeten die TeilnehmerInnen der Kundgebung eine Kette mit 4.000 Unterschriften gegen die Kürzungspolitik. Die Unterschriften wurden den Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen/Bündnis 90, Björn Tschöpe und Matthias Güldner übergeben. Sie wurden damit aufgefordert, für gute öffentliche Dienstleistungen und ein gerechtes Bremen einzutreten.



Eine Menschenkette um die Bremische Bürgerschaft bildeten die TeilnehmerInnen mit den 4.000 Unterschriften



Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und GRÜNEN Björn Tschöpe (rechts) und Matthias Güldner nehmen die Protestunterschriften in Empfang

Wer hat was gesagt (Seiten 8 + 9)

- (1) Toren Christians, KiTa Bremen
- (2) Jörn Kroppach, Werkstatt Bremen
- (3) Klaus Schmitz, Feuerwehr Bremen
- (4) Horst Göbel, GdP
- (5) Wolfgang Klamand, Amt für Soziale Dienste
- (6) Swantje Mueller/Jan Romann, AStA Uni Bremen
- (7) Christiane Kuhn, Martinsclub
- (8) Ingo Tebje, ver.di
- (9) Ralf Streibl, Universität Bremen
- (10) Rüdiger Eckert, GEW
- (11) Andreas Strassemeier, Justizvollzugsanstalt Bremen
- (12) Marion Meyer, Immobilien Bremen
- (13) Marlene Henrici, KBR Gesundheit Nord

„Bre-
men ist das ein-
zige Bundesland, in dem
die Kinder schon mit zwei-
einhalb statt mit drei Jahren in
den Kindergarten kommen. Das
erhöht unsere Wickelquote
und macht die Arbeit viel
aufwändiger.“ (1)



„In der
Werkstatt Bremen
müssen wir 12 Wochen im
Jahr Kolleginnen und Kollegen
vertreten und zwei Gruppen gleich-
zeitig betreuen. Das ist nicht gut für
uns, und das ist nicht gut für die be-
hinderten Menschen. Wir brauchen
endlich einen Vertreterpool.“
(2)

„In
Bremen dauert es
länger, bis die Feuerwehr
kommt. Wir haben in Bremen
das schlechteste Schutzziel
von allen Großstädten.“ (3)



„Wenn
Bürgerinnen und
Bürger die Hilfe der
Polizei brauchen, wollen sie
erst genommen werden. Und
sie brauchen Menschen. Sie
wollen nicht hören: ‚Drücken
Sie bitte die 1.‘“ (4)

„Stei-
gende Fallzahlen
und immer weniger
Personal. Die Kolleginnen
und Kollegen flüchten sich in
Überstunden und Wochen-
endarbeit.“ (5)



„Wir
haben ja genug
Geld, um Hotelsäle
anzumieten. Warum haben
wir kein Geld, um die Uni
zu sanieren?“ (6)



„Wir wollen endlich nach dem TV-L bezahlt werden. Wir lassen uns nicht länger vom Martinsclub mit der Aussage abspeisen, dass die Senatorin für Bildung und Wissenschaft zu wenig für unsere Leistungen bezahlt. Dann muss sie eben mehr zahlen.“ (7)



„Im Grundgesetz steht nicht nur die Schuldenbremse, da steht auch der Sozialstaat, der Aufgaben zu erfüllen hat.“ (8)



„Wenn die Hochschulen zu wenig Grundfinanzierung haben, dann haben sie zu wenig Ressourcen für die Lehre. Außerdem gibt es dann auch niemanden, der sich darum kümmern kann, weiteres Geld durch Drittmittel einzuwerben.“ (9)

„Schülerinnen und Schüler werden durch massiven Unterrichtsausfall um ihre Bildungschancen gebracht. Wenn der Senat Generationengerechtigkeit will, soll er in die Bildung investieren, statt mit der Schuldenbremse die Interessen des Finanzkapitals zu bedienen.“ (10)



„Wir wollen für mehr Sicherheit sorgen, nicht indem wir auf die Gefangenen aufpassen - das tun wir auch - sondern indem wir mit ihnen arbeiten und sie in die Lage versetzen, nach ihrer Entlassung ohne weitere Straftaten zu leben. Dafür brauchen wir ausreichend Personal.“ (11)



„Uns fehlen 70 bis 80 Reinigungskräfte, es werden immer mehr. Der Senat muss sich endlich an seine Zusage halten, freiwerdende Stellen wieder zu besetzen.“ (12)



„Es gibt eine gesetzliche Verpflichtung für das Land Bremen, die Krankenhausinvestitionen zu finanzieren. Das ist nicht die Aufgabe der Beschäftigten.“ (13)

Eine Finanzkrise ist ein Verteilungskampf

Interview mit Mechthild Schrooten von der Hochschule Bremen

Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Geld, Banken und Staat - auch im internationalen Kontext. Zudem arbeitet sie in der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ mit.

Mechthild Schrooten veranstaltet für das Aus- und Fortbildungszentrum eine eintägige Fortbildung für MitarbeiterInnen des bremischen öffentlichen Dienstes zum Thema „Die Schulden- und Finanzkrise der EU“ (Nr.13-2411), Termin: Mittwoch, 12. März 2014 von 9:00 bis 12:30 Uhr, Ort: EuropaPunktBremen.



MUMM: Die Schulden - und Finanzkrise ist in aller Munde, aber was geht es uns denn überhaupt an? Wir im öffentlichen Dienst sind von der internationalen „Schuldenkrise“ direkt doch gar nicht betroffen - oder etwa doch?

Mechthild Schrooten: Es freut mich zu hören, dass Sie sich nicht direkt betroffen fühlen. In der Tat haben wir gelernt, mit der Krise zu leben. Immerhin dauert diese bereits länger als fünf Jahre. Die Ruhe, mit der der Krise begegnet wird, bedeutet aber nicht, dass sie überstanden ist. Vielmehr befinden sich in den Bankbilanzen immer noch erhebliche Risikoposten und die Staatsverschuldung ist kräftig gestiegen. Es ist der Finanzindustrie gelungen, die Politik in die Haftung für ihre risikofreudigen, renditeorientierten Kapitalanlagen zu nehmen.

Jetzt gibt es die Schuldenbremse, die ein weiteres Anwachsen der Staatschulden verhindern soll. Dabei wird nicht gefragt, was die eigentlichen Ursachen der Verschuldung sind. Insbesondere wird nicht nach den Verursachern gesucht.

Vielmehr wird der hohe Schuldenstand der öffentlichen Haushalte häufig als Argument für Kürzungen genommen. Daher kann ich Ihre Eingangsthese von der heilen Welt nicht ganz nachvollziehen. Stellenkürzungen und Nullrunden werden gern als Instrumente zur Haushaltskonsolidierung genutzt. Das haben auch die

Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bremen bereits deutlich zu spüren bekommen. Der Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte ist durch die internationale Finanzkrise deutlich geschrumpft.

MUMM: Wenn wir doch von der Schuldenkrise betroffen sind, müssten wir ja vielleicht „erst vor der eigenen Haustüre kehren“ und unsere eigenen Schulden abbauen? Klingt doch vernünftig: Eigene Schulden abbauen, Zinsen sparen und dann vielleicht noch Steuern senken - wirtschaften wie die vielzitierte „schwäbische Hausfrau“. Würde uns das helfen - oder können Schulden auch sinnvoll sein?

Mechthild Schrooten: Schulden sind eine komplexe Angelegenheit. Eigentlich ist es auch der oben zitierten schwäbischen Hausfrau einsichtig, dass Investitionen - übrigens auch in Häuser - sinnvollerweise durch Kredite finanziert werden. Das ist beim Staat nicht anders. Der Staat kann Steuern erheben, oder Kredite aufnehmen. Mehr Instrumente zur Finanzierung seiner Tätigkeit gibt es nicht. Wenn also Schulden zurückgeführt und keine weiteren Kredite aufgenommen werden sollen, dann bedeutet das im Klartext Steuererhöhungen. Wenn der Staat Leistungen erbringen soll,

dann muss er das genauso wie Unternehmen finanzieren. Und dazu hat er die beiden Möglichkeiten. Wer also für weniger Schulden ist, ist automatisch für höhere Steuern - oder weniger Staat. Was nicht geht, ist ständig über Mängel in der Bildung, Gesundheitsversorgung, die personelle Ausstattung des öffentlichen Sektors etc. zu klagen und nicht für die Finanzierung genau dieser Dienstleistungen gerade stehen zu wollen. Hier muss es ein klares Umdenken geben. Steuern sind kein Übel, sondern der Preis, den wir dafür bezahlen in einer stabilen Gesellschaft zu leben.

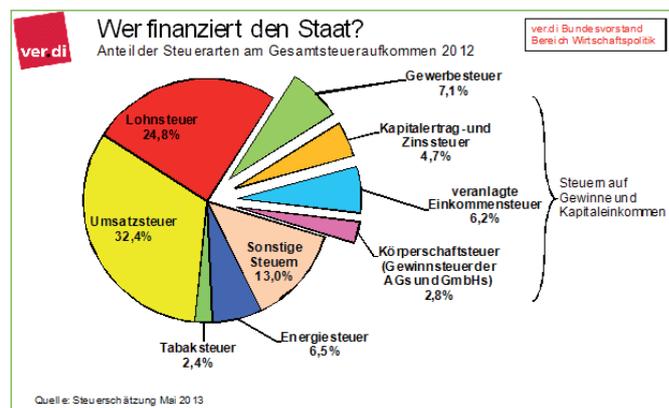
MUMM: Und was ist mit der „Schuldenbremse“, die uns ja vor Überschuldung und Schuldenkrise bewahren soll - was kann die Schuldenbremse in der aktuellen und bei zukünftigen Finanzkrisen Positives oder Negatives bewirken?

Mechthild Schrooten: Die Schuldenbremse wirkt darauf hin, dass die Kreditfinanzierung von Staatstätigkeit in Zukunft stark eingeschränkt ist. Sie führt nicht zwangsläufig dazu, dass Schulden in ihrer Höhe abgebaut werden. Durch die Schuldenbremse wird der

Fortsetzung nächste Seite

Reiche werden reicher, aber ArbeitnehmerInnen finanzieren den Staat – sozial gerecht?

Viele Untersuchungen zeigen, dass in den letzten Jahren die Reichen immer reicher werden und gleichzeitig die Mehrheit der Bevölkerung immer weniger vom Kuchen abbekommt. Dazu trägt auch bei, dass die Beschäftigten den Staat, also alle notwendigen öffentlichen Dienstleistungen, überwiegend finanzieren: 79,1 % der Einnahmen entstanden aus Lohn- und Verbrauchssteuern. Dagegen tragen Gewinne und Kapitaleinkommen nur zu 20,8 % zu den staatlichen Einnahmen bei (2012). Sozial gerecht?



Grafik: Wer finanziert den Staat? (in: ver.di-Wirtschaftspolitik aktuell Nr. 16, September 2013, www.wipo.verdi.de)

Fortsetzung des Artikels „Eine Finanzkrise ist ein Verteilungskampf“

Staat bei einer zukünftigen Finanzkrise deutlich weniger Möglichkeiten haben, den Banken beizuspringen. Jetzt mag der Gedanke entstehen: gut so. Aber das kann zu kurz gegriffen sein. Wenn wir keine massive staatliche Intervention bei der internationalen Finanzkrise gehabt hätten, stünde Deutschland als Volkswirtschaft heute bestimmt nicht so gut da.

MUMM: Manche sagen: „Die Finanzkrise macht die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher.“ Stimmt das und warum ist das so? Gehören die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu den „Gewinnern“ oder zu den „Verlierern“?

Mechthild Schrooten: Wie gesagt, eine Finanzkrise ist ein Verteilungskampf. Dieser findet auf mehreren Ebenen statt. Schuldner gegen Gläubiger und Arm gegen Reich sind zwei wichtige Dimensionen. In einer entwickelten Marktwirtschaft ist es oft so, dass die, die vermögend sind, gern auch Kredite aufnehmen. Werden dann Kredite nicht zurückgezahlt, dann findet hier eine Umverteilung statt. Werden diese Zahlungsausfälle vom Staat geschultert, um den Banken Druck zu nehmen, dann bekommt der Verteilungskampf eine weitere Dimension: Privatsektor gegen Staat. Spätestens hier kommen auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ins Spiel. Denn bei Einkommenserhöhungen, aber auch bei der Neubesetzung von Stellen, werden knappe Kassen gern als Argument für Zurückhaltung ins Feld geführt.

MUMM: Was könnten und sollten „wir“ anders machen, um die Fortsetzung der Schulden- und Finanzkrise und ihre negativen Auswirkungen für die Beschäftigten zumindest teilweise zu verhindern?

Mechthild Schrooten: Das Wichtigste ist aus meiner Sicht die Ehrlichkeit und wechselseitige Wertschätzung aller Beteiligten. Die Politik leistet viel und hat in der internationa-

len Finanzkrise Herausragendes geleistet. Die Beschäftigten im öffentlichen Sektor leisten auch bei klammen Kassen viel. Beides darf durchaus einmal gesagt werden. Gleichzeitig gilt aber auch: Die Schulden sind da, jetzt muss damit umgegangen werden. Hier könnten das Verursacherprinzip ebenso wie das Prinzip der Leistungsfähigkeit Anhaltspunkte bieten, um diese Situation zu meistern. Mit anderen Worten, wenn Geld für die notwendigen Ausgaben fehlt, muss die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte verbessert werden. So würde es wahrscheinlich auch der viel zitierte schwäbische Sachverständigen sehen.

Das Interview mit Mechthild Schrooten führte



Hajo Kuckero

Gleiches Geld für gleiche Arbeit

„Wir lassen uns das nicht länger gefallen!“ - Das ist das Motto der beim Martinsclub beschäftigten Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie finden es ungerecht, dass sie schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Senatorin für Bildung und anderen Trägern. Das brachte Christiane Kuhn zum Ausdruck, die bei der Protestversammlung der DGB-Gewerkschaften auf dem Marktplatz sprach.

Pädagogische MitarbeiterInnen arbeiten in der sozialpädagogischen Betreuung an den meisten Schulen. Sie unterstützen Kinder in ihrer Verschiedenheit. Damit fördern sie die Entwicklung der Klassengemeinschaft. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für Unterricht und notwendiger Bestandteil von Schule. Um diese Aufgabe erfüllen zu können benötigen die Pädagogischen MitarbeiterInnen unterschiedliche pädagogische und andere Qualifikationen sowie entsprechende Erfahrungen. Durch die Inklusion, den gemeinsamen Unterricht aller SchülerInnen mit ihren unterschiedlichen Stärken und Besonderheiten, wurden die Anforderungen an die Pädagogischen MitarbeiterInnen sogar noch erhöht.

Die Pädagogischen MitarbeiterInnen in Schulen sind teilweise bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, teilweise bei Freien Trägern angestellt. Alle setzen gemeinsam im Auftrag der Bildungsbehörde sozialpädagogische Betreuung und Förderung um. Dennoch werden sie unterschiedlich bezahlt. Dies, obwohl für alle im Bereich der Bildungsbehörde arbeitenden KollegInnen die Dienstvereinbarung „Grundsätze der Beschäftigungsbedingungen in Bremer Schulen“ gilt. Diese Dienstvereinbarung sieht vor, dass die Pädagogischen MitarbeiterInnen nach dem Tarifvertrag TV-L bezahlt werden. In der Regel werden sie in Entgeltgruppe 8 TV-L eingruppiert. Dennoch werden die Mitarbei-

terInnen des Martinsclubs nur nach dem für die meisten KollegInnen niedrigeren Haustarif bezahlt. Das wollen sich die KollegInnen des Martinsclub nicht länger gefallen lassen.

Die Gewerkschaften ver.di und GEW führen daher Tarifverhandlungen mit dem Martinsclub. Sie ziehen sich schon monatelang hin. Hintergrund sind die verschachtelten Auftragsbeziehungen: Der Martinsclub ist zwar Arbeitgeber für die Pädagogischen MitarbeiterInnen. Auftrag- und Geldgeberin ist aber die Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Martinsclub und Bildungsministerin schieben sich gegenseitig die Schuld dafür zu, dass keine angemessene tarifliche Bezahlung erfolgt. Dies alles geschieht auf dem Rücken und auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen.

Die Beschäftigten vom Martinsclub haben unsere Unterstützung.



Saskia Coenraats

„Erzieherinnen mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Beschäftigte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben ...“
(Entgeltordnung des TV-L)

Für die Kleinsten nur die Besten

ver.di-Betriebsgruppe unterstützt den Personalrat von KiTa Bremen

Seit Herbst 2011 verhandelt die Geschäftsführung von KiTa Bremen mit dem Personalrat darüber, Kinderpflegerinnen und Sozialassistentinnen als zweite Kraft in Gruppen für unter 3-jährige Kinder einzusetzen. Als ver.di-Betriebsgruppe haben wir immer wieder deutlich gemacht, warum wir eine Absenkung der Qualifikation in der Arbeit mit Kindern ablehnen: Gerade bei den Kleinsten ist fundiertes Wissen und die Professionalität von gut ausgebildetem Personal entscheidend. Der Personalrat hat deshalb die Anträge der Geschäftsführung auf geänderte Stellenbeschreibungen mehrfach abgelehnt. Daraufhin wurde von der Geschäftsführung im Sommer das gesetzliche Schlichtungsverfahren bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen eingeleitet.

Da sich die Schlichtung lange verzögerte, haben wir noch vor der Bundestagswahl mit ver.di eine Presseerklärung zu diesem Thema herausgegeben. Durch den öffentlichen Druck hat Frau Senatorin Stahmann schließlich erklärt, dass sie keine Qualitätsverschlechterungen in der Betreuung von unter 3-Jährigen plant.

Ein erster Erfolg dank Dreiklang: Personalrat – ver.di – Betriebsgruppe! Wir bleiben dran.

Toren Christians
ver.di-Bundesfachgruppen-
vorstand Sozial-, Kinder-
und Jugendhilfe



Zuviel bezahlt!

Heizkostenpauschale für Dienstwohnungen neu berechnet

Seit langem fragen sich die Hausmeister in den Dienstwohnungen, warum der Verbrauch an Heizkosten trotz aller Sanierungs- und energetischen Maßnahmen nicht sinkt.

Bereits im letzten Jahr haben den Personalrat bei Immobilien Bremen und den Gesamtpersonalrat immer wieder Beschwerden erreicht, dass die Heizkosten in den Dienstwohnungen zu hoch berechnet werden. Seit 1999 werden sie mit 34 Liter pro Quadratmeter pauschal be-

rechnet. Ausnahmen gibt es nur in den Dienstwohnungen, die eigene Zähler haben. Dort wird nach Verbrauch abgerechnet. Eine Überprüfung der Pauschale hat all die Jahre nie stattgefunden. Das ist jetzt auf Initiative des Gesamtpersonalrats endlich erfolgt. Mit gutem Ergebnis:

Ab sofort werden 250 kWh pro Quadratmeter berechnet. Das entspricht einem Verbrauch von 25 Litern pro Quadratmeter. Das sind im Vergleich zu vorher 30 % weniger. Außerdem wird ein repräsentativer Wärmepreis zugrunde gelegt und nicht mehr der Preis von Heizöl. Er setzt sich künftig zusammen aus 40 % Erdgas, 35 % Heizöl und 25 % Fernwärme. Zukünftig wird alle drei Jahre eine Überprüfung des Verbrauchs durchgeführt.

Die Dienstwohnungsvorschrift wird nun entsprechend geändert. Die Dienstwohnungs-

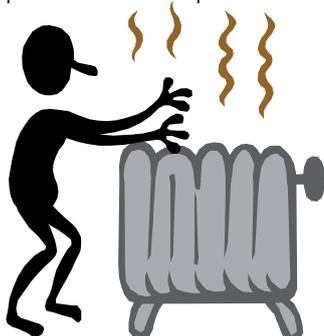
inhaber erhalten zu viel gezahlte Heizkosten zurück, und zwar rückwirkend für ein halbes Jahr ab Antragstellung des Gesamtpersonalrats im Dezember 2012.

Lange hat es gebraucht für diese Änderung der Heizkostenpauschale, aber am Ende hat der Gesamtpersonalrat mit Kollegen vom Personalrat Immobilien Bremen bei der Senatorin für Finanzen doch eine Lösung erreicht.

Jetzt müssen die Kolleginnen und Kollegen weniger zahlen und bekommen Geld zurück.



Kai Mues



Was macht eigentlich ...?

... der Platzwart im Weser-Stadion

Der Umweltbetrieb Bremen ist zuständig für die Pflege der öffentlichen Grünflächen in Bremen. Dazu gehört auch der „heilige Rasen“ im Bremer Weser-Stadion. MUMM sprach mit dem Gärtnermeister Jens Hünten.

MUMM: Jens, wie lange arbeitest du schon als Gärtnermeister beim Umweltbetrieb? Macht dir die Arbeit Spaß?

Jens Hünten: Ich habe im Umweltbetrieb Bremen meine Gärtnerausbildung gemacht und bin danach zur Meisterschule gegangen. Seit 2003 bin ich hier im Bezirk 1 als Gärtnermeister für das Weser-Stadion zuständig. Spaß macht mir die Arbeit schon, aber die täglichen Umstände sind schlechter geworden. Personaltechnisch könnten wir besser ausgestattet sein. In Bezug auf Kleidung, Maschinen und Werkzeug sind wir aber gut aufgestellt.

MUMM: Wie sieht denn dein Tagesablauf aus?

Jens Hünten: Ich habe viele verschiedene Aufgaben. Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen halten wir die öffentlichen Grünanlagen und mehrere Sportplätze in Ordnung. Ich gehe Hinweisen von BürgerInnen nach, beantworte E-Mails und muss viel telefonieren. Der Bezirk 1 ist groß. Er erstreckt sich von Oslebshausen bis zur östlichen Vorstadt. Nicht zuletzt gehört auch die Pflege

des Rasens vom Weser-Stadion zu unseren Aufgaben.

MUMM: Was macht denn ein Platzwart vom Weser-Stadion?

Jens Hünten: Wir haben mit der Bremer Weser-Stadion GmbH einen Jahresvertrag. Zu unserer Arbeit gehört das Rasenmähen und Linienziehen, die Wiederherstellung des Spielfeldes während und nach dem Spiel, die Unkrautbekämpfung, Düngung und Belichtung.

MUMM: Es ist also eine hohe Kunst, den Rasen richtig herzustellen. Hast du dafür eine extra Ausbildung gemacht und musst dich regelmäßig fortbilden?

Jens Hünten: Mir hat die Gärtnermeisterausbildung gereicht und meine langjährige Erfahrung. Natürlich muss ich mich auch immer fortbilden. Auch die Rasenpflege entwickelt sich immer weiter. Die meiste Literatur dazu gibt es allerdings nur auf Englisch.

MUMM: Hast du auch Kontakt zu den Spielern?

Jens Hünten: Zu den Spielern eher nicht, dafür aber zu den Trainern und Verantwortlichen. Mit denen spreche ich dann ab, was auf den einzelnen Plätzen gemacht werden soll.

MUMM: Wie stehst du zu Werder Bremen?

Jens Hünten: Natürlich freue ich mich, wenn Werder gewinnt. Für Bremen ist es wichtig, dass Werder in der 1. Bundesliga spielt.



Gärtnermeister Jens Hünten (Mitte) mit einem Kollegen und einer Auszubildenden bei der Rasenausbesserung im Weser-Stadion

MUMM: Wie sieht denn deine Arbeitszeit an den Spieltagen aus?

Jens Hünten: Wir sind meistens zweieinhalb Stunden vor dem Spiel im Einsatz. In der Halbzeitpause flicken wir die großen Löcher so gut es geht. Die Hauptarbeit findet aber nach dem Spiel in unserer regulären Arbeitszeit statt. So wie heute* - dann sind wir alle auf dem Platz.

MUMM: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten mit dir hier zusammen?

Jens Hünten: Es sind 11 KollegInnen, aber die sind natürlich auch für den gesamten Bezirk tätig. Dazu gehören z. B. auch die Schulen, die Kitas und das Verkehrsgrün.

MUMM: Und die ganze Arbeit mit 11 Leuten?

Jens Hünten: Ja, das ist manchmal nicht so einfach. Es ist wichtig, dass die KollegInnen gut mitmachen. Es sind alles engagierte MitarbeiterInnen. Vier bis fünf Fachkräfte mehr könnte ich aber trotzdem gut gebrauchen.

MUMM: Ihr seid also ein eingespieltes Team?

Jens Hünten: Ja, die gute Zusammenarbeit ist ganz wichtig. Meine KollegInnen sind engagiert, und ich bin stolz auf meine Truppe.

MUMM: Danke für das Interview und den anderen Blick auf den „heiligen Rasen“.

Das Interview mit Jens Hünten führte



Kai Mues



*Nach dem Spiel SVW : SC Freiburg standen am folgenden Montag alle „UmweltbetrieplerInnen“ auf dem heiligen Rasen und bringen ihn wieder in einen tadellosen Zustand - bereit für das nächste Spiel

MUMM Fazit:

Der Platz im Weser-Stadion ist einer von wenigen Plätzen der Fußballbundesliga, der vom öffentlichen Dienst gepflegt wird. Er ist in einem tadellosen Zustand. Einer der besten Plätze der Liga.

Sonntagsöffnungen in der Stadtbibliothek?

Belastungsgrenze der KollegInnen längst erreicht

Leseförderung für alle Bevölkerungsteile, Überwindung von Leseschwächen, Integrationsangebote, Dezentralisierung in die Stadtteile - auch mit dem Bücherbus, mit der Online-Bibliothek: Toll, was die engagierten Beschäftigten der Stadtbibliothek seit Jahren zusätzlich entwickelt haben. Bremer Bürgerinnen und Bürger freuen sich über ein hochwertiges Bibliotheksangebot.

Allerdings gibt es einen wichtigen Wermutstropfen: Seit Jahren wird auch bei der Stadtbibliothek Personal abgebaut - und das soll weitergehen. In Kürze verlassen etliche Beschäftigte aus Altersgründen die Stadtbibliothek - und sollen nur teilweise durch Neueinstellungen ersetzt werden. Viele sehen ihre Belastungsgrenze jedoch längst erreicht - teilweise schon überschritten. Etliche Beschäftigte macht das krank.

In der Politik wird immer wieder eine regelmäßige Sonntagsöffnung diskutiert. Sie verbindet damit die Hoffnung, Bürgerinnen und Bürgern mehr Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Die Stadtbibliothek sei eine kulturelle Bildungseinrichtung wie z. B. Museen, die am Sonntag geöffnet sind. Museen sind dafür allerdings an einem Wochentag geschlossen.

Die Bremer Stadtbibliothek steht neben München und Stuttgart ganz weit oben an der Spitze, was die Öffnungszeiten und das Service-Angebot für Bürgerinnen und Bürger betrifft.

Die Stadtbibliothek ist für uns da:

Mo	10.00 - 19.00 Uhr
Di	10.00 - 19.00 Uhr
Mi	13.00 - 19.00 Uhr
Do	9.00 - 20.00 Uhr
Fr	10.00 - 19.00 Uhr
Sa	10.00 - 16.00 Uhr

Von Montag bis Samstagnachmittag können Medien vor Ort ausgeliehen und genutzt werden, über die Online-Bibliothek sogar täglich rund um die Uhr. Bereits jetzt öffnet die Stadtbibliothek 4 x im Jahr am Sonntag bei besonderen Veranstaltungen in der Stadt.

Einer ständigen Erweiterung der Öffnungszeiten auf den Sonntag steht auch entgegen, dass das hierfür notwendige Fachpersonal und die damit verbundenen finanziellen Rahmenbedingungen fehlen. Es kann schließlich nicht nur um mehr Ausleihe von Medien gehen. Ansonsten wird es durch die Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen eher zu einer Verschlechterung des Gesamtangebotes kommen.

Viele Beschäftigte haben im Rahmen einer Personalversammlung einen offenen Brief

verfasst. Sie sprechen sich in diesem Schreiben gegen die Sonntagsöffnung aus. Gesetzlich ist die Sonntagsöffnung für die Stadtbibliothek nicht zugelassen! Aus diesen Gründen hält auch ver.di dagegen.

Unterstützen wir die engagierte Arbeit der Beschäftigten der Stadtbibliothek dadurch, dass wir das gelebte Engagement nicht durch weitere Belastungen zerstören!

Uwe Liebe, Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Bezirk Bremen-Nordniedersachsen



MUMM wirkt: SchulsozialarbeiterInnen

In der MUMM 1/2013 haben wir ausführlich über die rund 50 SchulsozialarbeiterInnen berichtet, die im Zusammenhang mit dem „Bildungs- und Teilhabe-Programm“ der Bundesregierung an den Bremer Schulen wichtige und notwendige Arbeit leisten. Die SchulsozialarbeiterInnen sollten Ende 2013 gehen, weil die Bundesfinanzierung ausläuft. Dazu gab es in Bremen viel Kritik und Proteste. Deshalb gibt es jetzt zumindest eine kurzfristige Vertragsverlängerung bis zum Sommer 2014 für über 30 von 50 SchulsozialarbeiterInnen. Dies ist ein erster, aber immer noch unzureichender Schritt - auch, weil damit nicht alle Stellen abgesichert werden. Der Senat ist in der Verantwortung, in der Zwischenzeit eine langfristige Lösung zu finden.

Es muss auf jeden Fall sichergestellt werden, dass die KollegInnen ihren Arbeits-

platz behalten und die wichtige Schulsozialarbeit fortgesetzt werden kann! Die SchulsozialarbeiterInnen brauchen dafür auch unsere Unterstützung.



Hajo Kuckero

Schule ohne Rassismus



Mensch ist Mensch - das ist das Motto, das sich die VerwaltungsschülerInnen für ihre Bewerbung als Schule ohne Rassismus, Schule ohne Gewalt gegeben hatten. Im Rahmen der 90-Jahr-Feier der Verwaltungsschule Bremen wurde die offizielle Urkunde von Frau Linda Blöchl von der Zentrale für politische Bildung überreicht.

Mehr als 90 % aller VerwaltungsschülerInnen und der Beschäftigten haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, sich im Schulalltag auch in Zukunft gegen Rassismus und Diskriminierung einzusetzen. MUMM gratuliert zur Auszeichnung.

Menschen auf der Flucht vor Gewalt und Krieg

Arbeiten in der Zentralen Aufnahmestelle ist interessant und schwierig

Auf der Flucht vor Willkür, Gewalt und Krieg - so kommen viele Flüchtlinge in Bremen an, auf der Suche nach einem gerechten und sicheren Leben, auf der Suche nach Asyl in Deutschland.

Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht. Eine Aufnahme erfolgt auch nach den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention. „Flüchtlinge aufzunehmen ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung aus unserer Verfassung“, betont Raymond Bohnenkamp. Er arbeitet im Referat für Zuwandererangelegenheiten bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen. Dort ist er tätig in Grundsatzangelegenheiten und als Landesbeauftragter für die Freie Hansestadt Bremen bei der Koordination

Flüchtlinge ist in dem Gebäude untergebracht.

In der Zentralen Aufnahmestelle werden die asylsuchenden Menschen aufgenommen. Das bedeutet ihre Daten werden erfasst, und sie erhalten Papiere. Ihren Aufenthaltsort innerhalb von Deutschland können sich die Flüchtlinge nicht selbst aussuchen. Nach einem bundesweiten Verteilungsschlüssel wird per Computer geklärt, wo der Aufenthalt erfolgen kann. Die Flüchtlinge werden dann in der Zentralen Aufnahmestelle mit Fahrkarten und Wegbeschreibungen ausgestattet und machen sich auf den Weg dorthin.

Zeitnahe Bearbeitung ist wichtig

Wegen der vielen, täglich neu eintreffenden Flüchtlinge ist das

beliebt sind und oftmals dort bereits Angehörige und Landsleute leben. Aber ein Wechsel des zugewiesenen Ortes ist nur möglich, wenn sehr wichtige Gründe vorliegen, zum Beispiel die Zusammenführung einer Familie oder schwere gesundheitliche Störungen wie Traumatisierungen. Vielfach werden die Flüchtlinge hierbei von Rechtsanwälten unterstützt. Die Entscheidungen trifft das aufnehmende Bundesland. „Die nachvollziehbaren menschlichen Belange der Flüchtlinge werden gegen die Interessen der Bundesrepublik an einer gleichmäßigen Verteilung abgewogen“, so Raymond Bohnenkamp. Das ist nicht immer leicht.

Vielseitig, interessant und schwierig

Arbeiten in der Zentralen Aufnahmestelle - das ist vielseitig, interessant und gleichzeitig schwierig.

Manchmal kommen bei den Flüchtlingen Emotionen hoch, Ärger oder Verzweiflung, wenn eine Zuweisung in Bremen nicht möglich ist, Angst und Unsicherheit, weil man sich hier nicht zurechtfindet. Gewalt hingegen haben die beiden nicht erlebt. Zur Unterstützung wird Supervision angeboten.

Schwierig ist auch, dass die Arbeit in der regulären Arbeitszeit gar nicht mehr zu schaffen ist. Hintergrund sind die gestiegenen Flüchtlingszahlen. Bis jetzt sind in 2013 bereits 1.540 Flüchtlinge in der Zentralen Aufnahmestelle empfangen und einem Aufenthaltsort zugewiesen worden. Hinzu kommen viele zeitaufwändige Anträge auf länderübergreifende Umverteilung. „Früher haben hier mehr Kolleginnen und Kollegen gearbeitet. Da konnten wir uns bei der rechtlichen Bewertung von schwierigen Sachverhalten untereinander noch besser kollegial beraten und unterstützen.“

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen,

Frau Stahmann, hat zugesichert, dass eine weitere Stelle für die Zentrale Aufnahmestelle ausgeschrieben wird. Die beiden KollegInnen hoffen auf eine schnelle Besetzung der Stelle und freuen sich auf die absehbare Unterstützung.



Doris Hülsmeier



Ein leerer Besucherstuhl - das hat in der ZAST Seltenheitswert. Von morgens bis abends wird hier die Aufnahme von Flüchtlingen koordiniert

zwischen den Bundesländern bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Derzeit hilft er aus und unterstützt seine Kollegin Frau Birn nahezu tagtäglich von 7 Uhr morgens bis abends in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber im Lande Bremen (ZAST). In Habenhausen, hinter dem Werder-Karree, liegt das Gebäude, also ziemlich weit draußen. Nebenan liegt ein Flüchtlingswohnheim. Auch das Bundesamt für Migration und

Wohnheim überlastet. Besonders wichtig ist daher, die Asylsuchenden zeitnah in das für sie zuständige Aufnahmebundesland weiterzuleiten, damit frei werdende Unterbringungsplätze kurzfristig wieder belegt werden können.

Eine weitere Aufgabe der Zentralen Aufnahmestelle ist die Umverteilung der asylsuchenden Menschen zwischen den Bundesländern. Der Wunsch nach Bremen zu wechseln besteht häufiger, da Großstädte

Weihnachten bei Mutti

Eine Weihnachtsgeschichte von Burkhard Winsemann

Weihnachten ist das Fest der Liebe. Wie sehr sich die Familie auch übers Jahr gezankt haben mag: Wenn die Sonne ihren tiefsten Stand erreicht, kuschelt alles im heimeligen Kerzenschein des festlich geschmückten Baums. Bei Mutti. Das ist in der Politik nicht anders als in echten Familien. Und hier wie dort gilt, dass man sich seiner gegenseitigen Zuneigung auch durch Geschenke zu versichern sucht, was freilich nicht immer ganz gelingt.

Und so sitzen sie denn am Heiligen Abend alle in traurer Runde bei Mutti zusammen und tauschen ihre Gaben aus. Der Horsti kriegt von Mutti das Betreuungsgeld und schmollt den Rest des Abends: „Des Betreuungsgeld hatt i eh scho. I' wollt a Maut, wenn scho ka Autobahn-Maut, dann a Kampfradler-Maut.“

Sigmar, der kleine Lausbub bekommt eine Tüte. Erst guckt er etwas bedröppelt, weil sie so klein ist. Doch dann liest er die Aufschrift „Mindestlohn-Tüte“ und freut sich so sehr, dass er vergisst, mal reinzugucken. Erst am nächsten Morgen stellt er fest: Nur Zeitungspapierschnipsel. Seinem Bruder Peer ergeht es ähnlich. Für ihn gibt es ein futuristisch schillerndes Päckchen, auf dem steht: Finanztransaktionssteuer. Er schaut hinein, sieht nichts und fängt bitterlich zu weinen an. Da nimmt Mutti ihn in den Arm und sagt: „Ach mein kleiner dummer Junge, wusstest Du das denn nicht? Die Finanztransaktionen laufen doch so schnell, dass man die gar nicht sehen kann. Und die Steuer natürlich auch nicht! Auch die entferntere Verwandtschaft geht nicht leer aus. Sie ist am ersten Feiertag zum Essen eingeladen. Die Katrin und der Jürgen kriegen ihren Veggie-Day, nämlich nur Rotkohl und Klöße. Von der Gans möchte Mutti sowieso nicht so viel abgeben. Immerhin dürfen sie mit am Tisch sitzen. Anders als Gregor, der wie ein Hund auf dem Flur sitzen und auf die Knochen warten muss. Fipsi und sein Brüderle werden besser behandelt. Sie kriegen nicht nur eine ordentliche Portion Fleisch, sondern anschließend auch noch ein wunderbares Geschenk: Einen mit einer gelben Schleife verzierten Smart. „Damit könnt ihr jetzt eure freie Zeit genießen und sogar noch eure ganze Fraktion mitnehmen“, sagt Mutti.

Mutti selbst wird reich beschenkt. Sigmar und Peer haben zusammengelegt und einen ordentlichen Hammer erstanden, mit dem Mutti die Luftschlösser des SPD-Programms zertrümmern kann. Gregor, Katrin und Jürgen schenken ihr gemeinsam einen ordentlichen Kopfhörer, den sie im Bundestag aufsetzen kann, wenn die unnützen und einflusslosen Quengler von der Opposition reden. Und Horst verspricht, dass er endlich mit Sigmar Fußball spielen und Doppelpass üben will. „Aber lernen? Lernen wird i's nimmer.“

Am wichtigsten ist Mutti, dass alle sie ganz doll lieb haben. Und dass der Sigmar und der Peer und auch die Andrea sich mal so richtig von ihr umarmen lassen - und zerquetschen.